



## NEWSLETTER VEREIN DER IN DER DDR GESCHIEDENEN FRAUEN 04/2018

Liebe Frauen des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen e.V., liebe Unterstützer\*innen,

Berlin/Magdeburg 17.06. 2018

### INTERNETLINKS ZU DEN ARTIKELN, TV- UND HÖRFUNK- MEDIATHEKBEITRÄGEN

**vom 14. Juni in Berlin (Kundgebung & Bundestagsgespräch) und 6. Juni 28. GFMK**

Die **Pressemitteilung 02/2018 vom 12. Juni** und ihre auf die Kundgebung ausgerichtete **Kurzform vom 14.6.** früh morgens hat ihre Wirkung entfaltet. Eine gute Zahl von Medien (Zeitungen, Magazine, TV und Hörfunk) haben das Bundestagsgespräch über die Fondslösung am 14.6. dokumentiert.

Es war gut, dass neben den im Bundestag eingeladenen zwei Vorstandsfrauen, Gerlinde Scheer und Eva Wenzel, einer IG Leiterin aus Ilmenau (Nicht-Vereinsmitglied) sowie der Beraterin des Vereins, Marion Böker, die Vereinsfrauen, die sich die ganze Zeit auf dem Washingtonplatz vor dem Hauptbahnhof Berlin mit ihrer Kundgebung für Medien bereitstanden und über die Sache aufklärten. Ohne Kundgebung, ohne Frauen draußen, wäre das Gespräch drinnen verhallt. Und noch mehr, ohne Medien, könnten wir ein solches informelles Gespräch im Bundestag nie als Zäsur begreifen und uns darauf berufen. Der Vorstand dankt im Namen aller Betroffenen- auch jener, die von Ferne mit Interesse alles verfolgten, aber nicht anreisen konnten, allen, die daran mitgewirkt haben.

1

#### Was ist festzuhalten?

Der Hörfunk des MDR zeichnete das erste Interview um 8.00 Uhr früh auf. Um 11.00 Uhr hatte der MDR Sachsen-Anhalt eine Schalte ins ARD-Hauptstadtstudio nach Berlin, wo Frau Böker live in den MDR-TV-Beitrag aus Magdeburg über die In der DDR geschiedenen Frauen und das Bundestagsgespräch geschaltet wurde. Hier im Haus wurde noch ein TV- und ein weiterer Hörfunkbeitrag aufgenommen. Die Super -Illu meldete sich an, genauso die EMMA.

Hier der Link zu diesem langen MDR-TV Beitrag vom 14.06.2018:

[https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/video-205634\\_zc-3cab68a5\\_zs-e4873e5f.html](https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/video-205634_zc-3cab68a5_zs-e4873e5f.html)

Ca. insg. 30 Frauen fanden sich zur permanenten Kundgebung vor dem HBF Berlin ein, der Bundestag war in Sichtweite. Um 13.30 Uhr kam eine Abgeordnete der Linken im Bundestag und hielt eine Rede. Um 13.20 brachen die Vorstandsfrauen auf, um in den Bundestag zu gelangen. Der Weg war kurz. Das Paul-Löbe-Haus ist 10 Minuten von dem HBF Berlin entfernt. Hier trafen sie auf Frau Debertshäuser, eine weitere Frau aus Ilmenau und die Männer der weiteren Betroffenenengruppen (Sonderrenten). Leider waren nur fünf SPD Abgeordnete und einzig von der CDU/CSU Albert Weiler als MDB bei dem Gespräch, zu dem er und seine SPD Kollegin Daniela Kolbe, MdB (Dresden) eingeladen hatten. Es hieß, wegen der gefälschten E-Mai und dem Asylstreit, seien andere nicht



abkömmlich und in den Fraktionsgesprächen. Das Gespräch war von der SPD-Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles unterstützt worden.

Frau Kolbe hatte damit das Versprechen vom Dezember 2017 wahr gemacht, dieses 2. Gespräch gemeinsam mit dem Koalitionspartner abzuhalten.

Dazu war die Staatsministerin Petra Köpping dabei. Sie kommt aus Sachsen und hat die Ressorts Integration und Gleichstellung inne, und sie hatte ein Jahr auf den Beschluss der 28. GFMK hin gearbeitet, der am 6.6. in Bremerhaven erfolgte und endlich mehrheitlich (2 Enthaltungen zu 14 Ja-Stimmen) eine Gesamtdeutsche Basis für die Rentenlösung schuf.

Alle Gruppen konnten ein 3 Minuten Statement halten. Gerlinde Scheer tat dies für den Verein der in der DDR geschiedenen: auf den Punkt 3 Minuten und sehr klar und deutlich vorgetragen, die wichtigsten Fakten und Forderungen präsentierend.

Während einige der anderen Gruppen zu lang redeten, unterbrechen mussten und viel zu sehr in die Vergangenheit abdrifteten, konnte der Verein seine Redezeit nutzen.

**Albert Weiler (CDU) sagte: "Wir haben den Härtefallfonds", und Daniela Kolbe sagte, "es bewegt sich was. Noch sei der Gerechtigkeitsfonds aber ohne Geld. Es sei keine Frage "ob, aber wie" der nun ausgestaltet werden sollte. Man könne sich, so Weiler und Kolbe, eine Kommission vorstellen, in der jede Lösung für jede der sehr unterschiedlichen einzelnen Gruppen erarbeitet würde. Und MdB Martin Burkert (SPD) sagte, man werde erst einmal formal eine Haushaltstitel einrichten. Was die Bildungsebene angeht (u.a. Akademiker\*innen), so wollte A. Weiler die Länder mit zur Kasse bitten, um den Fonds zu füllen. Für die in der DDR Geschiedene ist das sicher nicht sachlich relevant, aber, es kann dazu beitragen dass die Geldmenge höher wird, was insgesamt für alle und speziell sie gut ist. Beide sprachen davon, dass man in 2019 spätestens eine Lösung auf dem Tisch haben wolle.**

*[Die Unterstreichungen zeigen die Zusagen von Substanz an: es sind unverzichtbare verfahrenstechnisch wichtige Voraussetzungen]*

Herr Wilhelm sprach in Vertretung der Frauen im Gesundheitswesen (Krankenschwestern), verlor sich allerdings schnell in Unverständlichem oder wenig hilfreichen Ausführungen, die keine juristische Substanz haben. Frau D. Kolbe sprang ein: sie ist informiert.

Es wäre gut, wenn sich aus dem Verein der in der DDR geschiedenen Frauen zwei oder drei dieser Frauen aus dem Gesundheitswesen zusammen täten, die für diese Frauen selbst eintreten würden.

Ob Leistungssportler\*innen, Künstler\*innen, Akademiker\*innen, Reichsbahner\*innen, Bergarbeiter\*innen: die Schilderungen, wie man den Menschen die Rentenanwartschaften zusammengestrichen hat, und das wissentlich, waren alle schwer anzuhören, da von den Menschen das ganze solange mit so viel Kränkung und mit kärglichem Leben, ausgehalten werden muss.

Für den Verein der in der DDR geschiedenen Frauen ergänzte Böker, dass man der Kommission gern zuarbeite, diesen Vorschlag begrüße, dass der Verein darin vertreten sein wolle, und, dass der Verein nach wie vor- dies an Herrn Weiler gerichtet- Härtefalllösungen ablehne. Böker führte aus, dass die



UN-Forderung eine menschenrechtlich verbindliche Forderung sei, die Individualrecht gebiete: d.h. jeder Frau müsse individuell die Rente nachberechnet werden.

Die Staatsministerin Petra Köpping führte die Gerechtigkeitsfrage und Dringlichkeit der Lösung nochmal aus. MdB Martin Burkert sprach davon, dass das große Ungerechtigkeitsempfinden sich auch auf die folgenden Generationen ausbreite, 'vererbe'. Das sei nicht gut und müsse verhindert werden. Er sehe das so, dass man zunächst mit dem Finanzminister sprechen müsse.

Die Abgeordneten sagten: man bleibe im Gespräch.

Die Gruppe ging mit Staatsministerin P. Köpping und Frau Shutov (Mitarbeiterin) zur Kundgebung, um das Gespräch für alle zusammen zu fassen. Frau Köpping ermutigte, jett nicht im Kampf nachzulassen, sondern weiter aus allen IGs etc. die Abgeordneten (Land und BUND), Minister\*innen, anzusprechen. Die Reporterin der Super-Illo war dabei. EMMA ließ sich berichten und Fotos senden.

## PRESSESPiegel

### JÜNGSTER ARTIKEL: SONNTAG, 17.6. 18

#### Handelsblatt 17.06. 2018

<http://www.handelsblatt.com/wirtschaft-handel-und-finanzen-minister-fordern-renten-entschaedigung-fuer-in-ddr-geschiedene-frauen/22653452.html?ticket=ST-1264683-iggHpfUBCQqTQT1jpCk4-ap2>

<https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/magdeburg/jerichow/armut-in-ddr-geschiedene-frauen-100.html>

#### TEXTBEITRAG MDR TV (Sendezeit 11.00 Uhr morgens 14.6.)

In der DDR Geschiedene Weil sie geschieden sind: Rente unter der Armutsgrenze

**Etwa 300.000 Frauen, die in der DDR geschieden wurden, bekommen heute häufig eine Rente unter der Armutsgrenze – obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Ihnen steht kein Versorgungsausgleich für gemeinsame Ehejahre zu. Das wurde im Einigungsvertrag schlicht vergessen. Doch womöglich kommt jetzt Bewegung in das Thema.**

von Christine Warnecke, MDR SACHSEN-ANHALT



"Den Traum, dass ich im Alter noch meinen Interessen nachgehen kann, musste ich aufgeben", sagte eine Rentnerin MDR SACHSEN-ANHALT. (Symbolfoto) Bildrechte: Colourbox.de

"Man fühlt sich als Mensch zweiter oder dritter Klasse." Vera Hesse wird traurig, wenn sie über ihre Rente spricht. 44 Jahre lang hat sie als gelernte Industriekauffrau gearbeitet. Doch nun bleiben ihr nur rund 700 Euro Rente. Sie hat ein kleines Haus in Wahlitz im Jerichower Land, mit einem Stück Garten. "Da baue ich für mich noch ein bisschen was an und spare auch wieder Geld." Hobbys wie das Malen hat sie aufgegeben – zu teuer sind ihr Farben und Materialien.

"Den Traum, dass ich im Alter noch meinen Interessen nachgehen kann, musste ich aufgeben", sagt die 70-Jährige bitter. Bis zur Wende hatte sie ein Heim für vietnamesische Gäste betrieben. Als das 1991 aufgelöst wurde, machte sie sich selbstständig und hielt sich mit einem Lottoladen in der Magdeburger Leiterstraße bis zur Rente knapp über Wasser.



Brunhilde Pantzke muss auch mit 75 Jahren noch arbeiten. Bildrechte: MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Ähnlich geht es Brunhilde Pantzke aus Heyrothsberge, östlich von Magdeburg. 688 Euro bekommt sie monatlich überwiesen, davon gehen allein schon 420 Euro Miete ab. Mit 75 Jahren arbeitet sie darum noch nebenbei – sie wässert Gärten, fährt weniger fitte Menschen zum Arzt oder Frisör, übernimmt die Pflege, wenn Angehörige im Urlaub sind. Gelernt hat sie Schuhstepperin, war aber auch Revolverdreherin, Kranfahrerin, Erzieherin und Archivarin. Nach der Wende wurde sie arbeitslos und sollte eine Umschulung zur Hauswirtschafterin machen. "Man sollte ja meinen, mit über 40 kann man sowas längst – aber ich habe es halt getan."

## Versorgungsausgleich im Einigungsvertrag schlicht vergessen

Vera Hesse und Brunhilde Pantzke sind zwei Beispiele für etwa 300.000 Frauen, die unter einem Satz aus dem deutschen Einigungsvertrag von 1990 leiden: "Einen Versorgungsausgleich für vor 1992 in den neuen Bundesländern geschiedene Frauen gibt es nicht". Ein Satz, der nicht korrigiert wurde und im Grunde bis heute Bestand hat. Das bedeutet: Den Frauen wurden mit dem Einigungsvertrag und dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) wesentliche Rentenansprüche aberkannt.



Trotz jahrelanger Arbeit leben die Frauen heute unter der Armutsgrenze. Bildrechte: dpa

Nach der Wende wurde das gesamte Erwerbsleben zur Rentenberechnung herangezogen, und nicht wie in der DDR zuvor üblich, nur die letzten 20 Jahre. Arbeiteten Frauen während der Kindererziehung oder Pflege der Angehörigen weniger, konnten sie ihre Rentenansprüche mit einem Beitrag von drei Mark im Monat aufrechterhalten. Nach der Wende wurden diese Zeiten aber viel geringer bewertet, sie wurden als Verdienstjahre gewertet.

**Was ist der Versorgungsausgleich?** Auch wenn ein Partner – meist die Partnerin – eine Zeitlang nicht gearbeitet hat, stürzt sie das nur in den seltensten Fällen ins Elend. Denn nach bundesdeutschem Rentenrecht bekommt die Frau für diese Zeit die Hälfte der Rentenansprüche, die ihr Mann erarbeitet hat. Das nennt sich Versorgungsausgleich. Von dieser Regelung profitieren aber all jene nicht, die schon zu DDR-Zeiten geschieden wurden. Den Versorgungsausgleich gibt es in der BRD seit den 1970er Jahren.

### Frauen wollen Anerkennung der Lebensleistung

Weil die Frauen in der DDR gut abgesichert und nicht vom Mann abhängig waren, wurden während der Ehe erworbene Rentenansprüche zwischen den Partnern nicht geteilt, wie es in der Bundesrepublik geschah. "In der DDR gab es keinen Versorgungsausgleich, warum sollte es ihn jetzt geben – das war das Argument von Finanzminister Schäuble", erklärt Gerlinde Scheer. Sie ist im Vorstand des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen und empfindet diese Argumentation als zynisch.



Wolfgang Schäuble im Jahr 1991. Er war Verhandlungsführer beim Einigungsvertrag und ist an der Situation der Frauen nicht ganz unschuldig. Bildrechte: IMAGO

Die Folge: Etwa 150.000 der in der DDR geschiedenen Frauen und damit die Hälfte der Betroffenen, lebt heute in Armut – sie bekommen weniger als die 960 Euro, die als Armutsgrenze gelten. Den Frauen fehlt laut Aussagen des Vereins im Schnitt etwa ein Viertel der Rente. Hinzu kommt, dass Löhne und Renten in der DDR niedriger lagen als in der Bundesrepublik. "Das wurde bei der Rentenberechnung nicht beachtet", sagt Gerlinde Scheer. Es geht um etwa 100 bis 400 Euro, die jede Betroffene mehr bekommen müsste. "Das ist der Unterschied, der das Leben annehmbar machen würde", betont Vera Hesse, "wir wollen keinen Reichtum. Nur eine Anerkennung unserer Leistungen."

### **Die Forderung: Ein Fonds**

Die Frauen fordern nicht, dass ihre Exmänner, falls sie noch leben würden, ihre Renten aufstocken. Sie wollen einen steuerfinanzierten Fonds, aus dem Entschädigungen und ab sofort höhere Renten gezahlt werden. "Letzteres ist wichtig, weil Entschädigungen in unserem juristischen System meist nicht mehr als dreistellige Zahlen sind", so Marion Böker. Die Menschenrechtsberaterin aus Berlin unterstützt den Verein seit Jahren.

Der Aufwand sei zu hoch und die Finanzierung unklar – das sieht Böker als Gründe dafür, dass sich bisher nichts getan hat. "Das Thema wird auch noch zu wenig verstanden", meint sie. "Natürlich würde es einiges kosten, Entschädigungen und höhere Renten zu zahlen – aber es spielt auch eine ideologische Komponente eine Rolle: Hätte man das DDR-Rentensystem beibehalten, wäre das eine Anerkennung für die gute Absicherung für Frauen in der DDR gewesen."

### **Bitten an die Regierung bisher ungehört**



Auch ein UN-Ausschuss hat sich schon mit der Ungerechtigkeit für die in der DDR geschiedenen Frauen beschäftigt. Bildrechte: IMAGO

So ist politisch bisher wenig passiert. Mit dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) von 1991 wurde auch eine Entschließung des Bundestags getroffen, bis 1997 eine Rentenreform zu verabschieden, die die frauenspezifischen Elemente des DDR-Rentensystems in Westrecht überführt. Im Jahr 2000 verabschiedete der Bundestag eine Initiative, eine "zeitnahe" Lösung des Problems zu finden. Zehn Jahre später bat der Bundesrat die Bundesregierung erneut, eine Lösung zu finden. 2011 nahm sich der UN-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen (UN-CEDAW) der Problematik an und untersuchte sie. Im März 2017 forderte der UN-Frauenrechtsausschuss Deutschland auf, einen Ausgleichsfonds einzurichten, der die Rentenberechnung korrigiert und die geschiedenen Frauen entschädigt. Doch nun könnte noch mehr Bewegung in das Thema kommen. Der Vorstand des Vereins geschiedener DDR-Frauen durfte am Donnerstag im Bundestag sprechen; weitere Mitglieder demonstrierten zeitgleich vor dem Gebäude. Der Frauenrechtsausschuss der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung schon im Februar 2017 dazu aufgefordert, einen Umsetzungsbericht vorzulegen, wie die Frauen entschädigt werden sollen. Bis Februar 2019 soll das geschehen.

MDR heute 19.00 Uhr, 14.6. [https://www.mdr.de/mediathek/sendung795244\\_zc-89922dc9\\_zs-df360c07.html](https://www.mdr.de/mediathek/sendung795244_zc-89922dc9_zs-df360c07.html)

7

<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/ostrentner-haertefall-fonds-100.html>

Rentengerechtigkeit Union und SPD reden über Ostrentner-Fonds

**Frauen, die in der DDR geschieden wurden, sind bei der Rentenberechnung heute oft benachteiligt. Auch bestimmte Berufsgruppen, zum Beispiel Eisenbahner, Krankenschwestern, Ingenieure, wurden bei der Rentenüberleitung nach der Wiedervereinigung benachteiligt. Bisher war das kein Thema für die Politik. Allerdings kommt jetzt doch Bewegung in die Sache. Im Bundestag treffen sich heute Abgeordnete von CDU und SPD um über die Schaffung eines Härtefallfonds zu beraten.**

von Matthias Reiche, MDR AKTUELL Hauptstadtkorrespondent



Bei der Rentenüberleitung nach der deutschen Wiedervereinigung blieben viele Zusatzversorgungssysteme aus der DDR unberücksichtigt. Bildrechte: Colourbox.de

Vorlesen

Dietmar Polster wird bei dem Treffen am Nachmittag im Bundestag dabei sein. Der 67-Jährige von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft steht an der Spitze der unterschiedlichen Interessengruppen, die für die Anerkennung ihrer aus DDR-Zeiten stammenden Versorgungsansprüche kämpfen: "Da geht's nicht nur um die Eisenbahner. Wir sind auch dafür, dass die Gruppe insgesamt betrachtet wird zur Rentengerechtigkeit. Das beginnt bei den Bergleuten über die technische Intelligenz, über die Balletttänzer, die in der DDR geschiedenen Frauen und vieles mehr."

8

## NEUER ABSCHNITT



Video abspielen

Ostrentner *Polster: Allein für Eisenbahner werden 800 Millionen gebraucht*

**DDR-Zusatzversorgungen bei Rentenüberleitung unberücksichtigt**

Viele hatten zu DDR-Zeiten Gehaltseinbußen in Kauf genommen, um als Rentner aus einem Sondersystem der Altersversorgung zusätzliches Geld zu bekommen. Im

Rentenüberleitungsgesetz nach der Wiedervereinigung blieb dies mit unterschiedlichen Begründungen unberücksichtigt, was nicht nur bei Dietmar Polster die monatliche Rente spürbar schmälert.

*Das bedeutet einfach: Ich habe 150 bis 200 Euro weniger in meinem Portemonnaie. Und das seit 2014. Und es gibt viele Eisenbahner, die schon vor 10 oder 15 Jahren in Rente gegangen sind. Für die sind es schon richtige Summen.*

Dietmar Polster, Sprecher EVG Landesverbände Senioren Sachsen

## **80.000 Eisenbahner und 300.000 geschiedene Frauen**

Etwa 80.000 ehemalige DDR-Eisenbahner sind betroffen. Dazu kommen Zehntausende aus anderen Branchen. Und besonders gravierend sind die [Rentennachteile für etwa 300.000 zu DDR-Zeiten geschiedene Frauen](#), wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Albert Weiler erzählt: "Zu DDR– Zeiten gab es kein Versorgungsrecht, das wenn eine Trennung stattgefunden hat, das die Frauen durch den Partner versorgt werden. Das führte zu Nachteilen. Das heißt also, dass viele der Frauen jetzt wirklich am Existenzminimum leben."

## **Im Koalitionsvertrag Härtefallfonds vereinbart**

Der CDU-Politiker hat deshalb mit einigen SPD-Kollegen durchgesetzt, dass [im Koalitionsvertrag die Schaffung eines Härtefallfonds vereinbart](#) wurde. Allerdings gibt es dagegen auch Widerstand, sagt Carsten Schneider, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD Bundestagsfraktion:

*Dieser Härtefallfonds ist etwas, das noch nicht entschieden ist, und ich rechne ganz ehrlich gesagt auch nicht damit, dass es zügig geht, weil es ein komplizierter Sachverhalt ist.*

Carsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Schneider meint aber auch, die Regierung habe das nun auf dem Tisch und müsse sich drum kümmern.

## **Bislang kein Geld im Bundeshaushalt vorgesehen**



Video abspielen

## Weiler: Aus sozialer Sicht muss Rentnern geholfen werden

Bisher ist im Bundeshaushalt dafür allerdings kein Geld vorgesehen. Deshalb will man mit dem heutigen Treffen im Bundestag auch Druck machen, einen so genannten Haushaltstitel zu bekommen. Nach Ansicht des CDU-Abgeordneten Weiler "muss die Koalition sich noch einig werden, wie viel Geld in den Fonds reinkommt." Wichtig sei zunächst, einen Haushaltstitel zu finden. Darüber habe er mit den Kollegen der SPD und mit denen der eigenen Fraktion gesprochen.

*Und da sind wir guter Dinge, dass wir einen Haushaltstitel organisieren werden für den nächsten Haushalt.*

Albert Weiler, CDU-Bundestagsabgeordneter

Sollte man dies bis zur Sommerpause hinbekommen, könnte Mitte kommenden Jahres das erste Geld ausgezahlt werden. Es wäre ein Schritt zu mehr Rentengerechtigkeit, auch wenn viele Betroffene, die keine Niedrigrente beziehen, kaum als Härtefälle gelten werden.

- Fehler gefunden? Hier können Sie uns eine Korrektur vorschlagen!

---

**Dieses Thema im Programm:** MDR AKTUELL RADIO | 14. Juni 2018 | 05:00 Uhr  
\*\*\*\*\*

**Hörfunk MDR Sachsen** <https://www.mdr.de/sachsen/ddr-frauen-geschieden-renten-100.html>

\*\*\*\*

**EMMA BEITRAG online**

<https://www.emma.de/artikel/diese-geschiedenen-ddr-frauen-wehren-sich-335811>

### **Geschiedene DDR-Frauen wehren sich!**

*Gegen eine Jahrzehnte alte  
Ungerechtigkeit: Nach der Wende  
hatten sie in Sachen Rente das  
Nachsehen. Hunderttausende Frauen  
aus der ehemaligen DDR leben so  
an der Armutsgrenze. Weil ihnen die  
Westregelungen „einfach so  
übergestülpt“ wurden.*



15. Juni 2018 von [Alexandra Eul](#)



Am Donnerstag trafen sich die in der DDR geschiedenen Frauen vor dem Bundestag zu einer Kundgebung.

So formuliert es Marion Böker, die zusammen mit dem Betroffenen-Verein der „[in der DDR geschiedenen Frauen](#)“ für eine finanzielle Ausgleichszahlung kämpft. Am Donnerstag haben sich die Frauen auf dem Washingtonplatz in Berlin zu einer Kundgebung getroffen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

## *Ihre Botschaft ist sogar bei der UN angekommen.*

Ihre Botschaft ist sogar bei den Vereinten Nationen angekommen. Es ist der Hartnäckigkeit der Beraterin Marion Böker zu verdanken, dass sich der Frauenrechtsausschuss der Vereinten Nationen der geschiedenen DDR-Frauen annahm. Dieser Ausschuss forderte die Bundesrepublik im vergangenen Jahr dazu auf, die Ungerechtigkeit im Rentensystem gegenüber den geschiedenen Ost-Frauen endlich zu beheben. Und auch die sächsische Gleichstellungsministerin Petra Köpping macht sich für die Frauen stark. Bis 2019 soll Deutschland laut UN einen Zwischenbericht liefern, wie das Problem gelöst werden soll.

Das Problem: Nach der Wiedervereinigung wurde das Ost-Rentensystem an das Westrentensystem angepasst. Während sich die Rente der Frauen in der DDR bislang aus den letzten 20 Jahren der Erwerbsarbeit errechnete, zählte nun – ganz wie im Westen - der gesamte Zeitraum. Das traf die Frauen hart, die wegen Kita-Notstand bis in die 1970er Jahre hinein auch in der DDR für einige Jahre zu Hause bleiben mussten. Für ihre Rente war das allerdings unerheblich.

Nach der Wende aber wurde auch dieser Lebensabschnitt in die Rentenberechnung mit einbezogen – und die Ansprüche der Frauen sanken in den Keller. Die private Rente, in die die Frauen teilweise Jahrelang eingezahlt hatten, wurde kurz nach der Wiedervereinigung "abgeschmolzen", also nicht mehr ausgezahlt. Im Westen waren die geschiedenen Ehemänner dazu verpflichtet, einen so genannten „Versorgungsausgleich“ für die Rente ihrer Ex-Frauen zu leisten. Die geschiedenen Ehemänner aus der DDR betraf das nicht – auch nicht rückwirkend.

Die Scheidungsraten in der DDR waren hoch – und hunderttausende Frauen im Rentenalter leben nun an der Armutsgrenze. Wobei: Von den ursprünglich 800.000 Betroffenen sind inzwischen rund 500.000 verstorben. Sie werden also nicht mehr davon profitieren, dass die Politik sich ihrer endlich annimmt.



Staatsministerin Petra Köpping unterstützt die geschiedenen Frauen.

Und das tut sie nun, unter anderem auf Initiative von Gleichstellungsministerin Petra Köpping aus Sachsen. Sie hatte auf der diesjährigen Konferenz der Ministerinnen und Minister für Gleichstellung in Bremerhaven einen Antrag auf Rentengerechtigkeit eingereicht, der mehrheitlich angenommen wurde. Darin fordern die VertreterInnen der Länder die Bundesregierung dazu auf, die Empfehlung des Frauenrechtssausschusses der Vereinten Nationen endlich umzusetzen.

Mit Erfolg: Parallel zu der Kundgebung der Frauen auf dem Washingtonplatz hat im Bundestag eine Anhörung mit CDU und SPD zum Thema Rentengerechtigkeit stattgefunden, auf der insgesamt 17 Gruppen vorsprachen, die durch die Neuregelung der Ost-Renten nach der Wende betroffen waren. Neben Lokomotivführern und Bergleuten war auch die größte betroffene Gruppe vertreten: die geschiedenen DDR-Frauen, die sich seit 1999 in einem Verein organisiert haben. „Den geschiedenen Männern wurde mit dem Einigungsvertrag Bestandschutz für ihre ungeteilte Rente zugestanden, die Vorteile für Frauen wurden jedoch ersatzlos gestrichen“, erklärte Gerlinde Scheer aus dem Vorstand des Vereins im Bundestag. Und weiter: „Viele Frauen haben geklagt, beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe und beim



Europäischen Gerichtshof – ohne Recht zu bekommen“. Die DDR-Frauen fordern einen Ausgleichsfonds und eine Entschädigungsleistung.

## *Nun gab es auch eine Anhörung im Bundestag*

Staatsministerin Köpping jedenfalls ermutigt die Frauen zum Weiterkämpfen. Nach der Anhörung eilte sie zu den betroffenen Frauen auf den Washingtonplatz. Die VertreterInnen aus SPD und CDU hätten sich darauf geeinigt, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll, um alle notwendigen Fakten zusammentragen zu können, erklärte die Ministerin. Außerdem wollen die bei dem Gespräch anwesenden ParlamentarierInnen dafür kämpfen, dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte Härtefallfonds für die Rentengruppen „in den jetzt laufenden Haushaltsverhandlungen mit einem Haushaltstitel versehen“, sprich: amtlich wird.

„Wir müssen weiter dranbleiben,“ sagte die Ministerin zu den anwesenden betroffenen Frauen, die den auf den Washingtonplatz gekommen waren. „Was in meiner Macht steht, werde ich tun“.

\*\*\*\*\*

13

## **Zur 28 GFMK- Gleichstellungs- und FrauenministerInnenkonferenz**

<http://www.taz.de/!5511753/>

taz 08.06 2018

*Schutz vor häuslicher Gewalt*

### **Geld für anonyme Spurensicherung**

Die Frauenministerinnenkonferenz will Frauen besser vor Gewalt in der Beziehung schützen. Ost-Rentnerinnen sollen finanziell unterstützt werden.

**Spiegel online** 08. 06. 2018

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/renten-aufbesserung-fuer-in-ddr-geschiedene-frauen-a-1212001.html>

**dpa-** <https://www.boerse.de/nachrichten/dpa-AFX-Ueberblick-UNTERNEHMEN-vom-08062018-1515-Uhr/7917420> nur aufgelistet, aber im Ticker (!) gut;

**DIE WELT 06.-06.2018** (Vor der GFMK)



<https://www.welt.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/article177095132/Minister-Renten-Entschaedigung-fuer-in-DDR-geschiedene-Frauen.html>

(...) "... wollen sie mit einem Antrag den politischen Druck auf die Bundesregierung erhöhen. Dies kündigte Mecklenburg-Vorpommerns Gleichstellungsministerin Stefanie Drese (SPD) am Mittwoch in Schwerin an. «Wir fordern die Bundesregierung auf, ein staatliches Entschädigungsmodell zu errichten, mit dem diese Renten ergänzt werden.» (...)"

\*\*\*

**RBB 8.6.18** <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/06/ddr-geschiedene-frauen-antrag-entschaedigung.html>

## Deutschlandfunk

<http://www.deutschlandfunk.de/dlf24-startseite.1441.de.html>

**Leipziger Internet Zeitung** 08.06.2018 (nach dem Beschluss- Beschluss gäbe Aufwind)

<https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2018/06/Kolbe-Beschluss-gibt-den-in-der-DDR-geschiedenen-Frauen-Rueckenwind-220468>

14

## IHRE VORSORGE online

<https://www.ihre-vorsorge.de/nachrichten/lesen/entschaedigung-fuer-geschiedene-ddr-frauen.html>

**nd** 11.06.2018

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1090630.hoffnung-fuer-geschiedene-ddr-frauen.html>

## Fotos

**(Copy right: Marion Böker- boeker-consult)**

**Kundgebung am Washingtonplatz vor dem HBF Berlin (dahinter: Paul-Löbe-Haus)**



**BUNDESTAGSGESPRÄCH**



Gerlinde Scheer & Eva Wenzel (beide Vorstand)



Gerlinde Scheer, Staatsministerin Petra Köpping (Sachsen), Eva Wenzel

**Ausblick:**

Der ursprünglich für den 10. Juni angekündigte **ZDF TV Beitrag** - gedreht in Magdeburg- wurde auf den **23. September** verschoben.